

## Wie geht es weiter?

Der Gesetzentwurf wird am 12. November 2018 im Sächsischen Landtag öffentlich angehört. Dazu sind Sachverständige geladen. Der Innenminister hofft darauf, dass die CDU/SPD-Koalition das Gesetz noch weiter verschärft und auch die Online-Durchsuchung und die Quellen-TKÜ in das Gesetz aufnimmt. Verabschiedet werden soll das Gesetz Ende des Jahres oder Anfang nächsten Jahres. Bis zu seinem Inkrafttreten sollen alle Polizeibediensteten geschult werden. Die GRÜNE-Fraktion plant, gegen das Gesetz zu klagen.

## Was kann ich tun?

Gegen das neue Polizeirecht hat sich das sachsenweite Bündnis „Polizeigesetz stoppen“ gegründet. Die GRÜNEN sind Teil dieses Bündnisses. Bringt Euch in die Arbeit des Bündnisses ein oder unterstützt dessen Aktionen. Aktuelle Infos gibt es unter:

<https://polizeigesetz-stoppen.de/>

Sprecht Eure Freundinnen und Freunde, Verwandten sowie Nachbarinnen und Nachbarn an und informiert sie über die geplanten Verschärfungen. Ziel des Bündnisses ist es, einen möglichst breiten Protest gegen das Gesetz aus der Mitte der Zivilgesellschaft auf die Straße und ins Parlament zu tragen.

### Weitere Infos:

<https://www.gruene-fraktion-sachsen.de/themen/polizei/#c1087565>

## Kontakt

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag



### Valentin Lippmann

Parlamentarischer Geschäftsführer  
und innenpolitischer Sprecher  
Telefon: 0351 / 493 48 30  
E-Mail: valentin.lippmann@slt.sachsen.de

### Parlamentarische Beratung

Dr. Juliane Hundert  
Telefon: 0351 / 493 48 33  
E-Mail: juliane.hundert@slt.sachsen.de

[www.gruene-fraktion-sachsen.de](http://www.gruene-fraktion-sachsen.de)

- GrueneFraktionSachsen
- GrueneFraktionSachsen
- SaxGruen



Diese Publikation dient der Information und darf nicht zur Wahlwerbung eingesetzt werden.

V.i.S.d.P.: A. Jahnel-Bastet, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden; gedruckt auf 100 % Recyclingpapier; Bildnachweis: Dirk Hanus; Stand: Oktober 2018

## Polizeistaat statt Freistaat?

Das bringt das neue sächsische Polizeigesetz.

## Was ist geplant?

Sachsens Staatsregierung plant eine massive Verschärfung des sächsischen Polizeirechts. Sie hat dem Landtag am 18. September 2018 einen Entwurf für zwei neue Gesetze zugeleitet – das Polizeivollzugsdienstgesetz (PVDG) und das Polizeibehördengesetz (PBG).

Das neue Polizeirecht ist der Inbegriff von Misstrauen gegen die sächsischen Bürgerinnen und Bürger. Es enthält zahlreiche neue polizeiliche Befugnisse zu ihrer Überwachung. Diese Befugnisse reichen weit in das Vorfeld konkreter Gefahren hinein, sie gehen bis an die Grenze des verfassungsrechtlich Erlaubten und darüber hinaus. Sie sind gekennzeichnet von der grundlegenden Entscheidung für ein Mehr an Überwachung für vermeintlich mehr Sicherheit zu Lasten der Grundrechte jedes und jeder Einzelnen.



## Das sieht das neue Polizeirecht künftig u.a. vor:



Ausweitung der Videoüberwachung, Einführung intelligenter Videoüberwachung mit Gesichtserkennung, Ausbau des Scannens von KfZ-Kennzeichen



Einführung der präventiven Telekommunikationsüberwachung



Ausweitung des Zugriffs auf Daten der Nutzerinnen und Nutzer von Diensteanbietern für Telemedien und Telekommunikation



Einführung der Fußfessel für sog. Gefährder/innen (das können auch Nicht-Islamisten/innen sein)



Einführung technischer Mittel zur Lokalisierung von Handys und Unterbrechung der Kommunikation



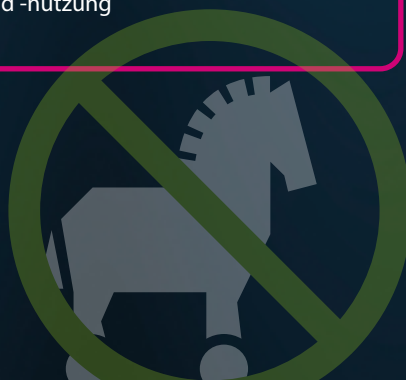
Ausschreibung zur gezielten Kontrolle, Anordnung von Aufenthaltsverboten und -geboten



Einsatz von Handgranaten und Maschinengewehren durch Spezialkräfte der Polizei



Ausweitung der Datenerhebung, -speicherung und -nutzung



## Was hält die GRÜNE-Landtagsfraktion davon?

Statt unverhältnismäßiger Befugnisse für die Sicherheitsbehörden braucht es in Sachsen mehr Polizei in der Fläche, eine bessere Revierstruktur und bessere Präventionsarbeit zur Verhinderung von Radikalisierung. Fakt ist aber auch: Noch nie lebten die Menschen in Deutschland so sicher wie heute. Trotzdem werden in den letzten Jahren die Bürgerrechte unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung immer weiter eingeschränkt. Die größte Gefahr für Freiheit und Rechtsstaatlichkeit sind jedoch nicht gewaltbereite Fanatiker/innen, sondern jene Politikerinnen und Politiker, die unsere Grundrechte immer weiter aushöhlen und damit die Grundfesten unseres Rechtsstaates zerstören.

Die GRÜNE-Landtagsfraktion tritt der massiven Verschärfung des Polizeirechts entschieden entgegen. Das Eindringen in die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger durch Überwachung der Telekommunikation, den flächendeckenden Einsatz von Videoüberwachung, die anlasslose Rasterei, die zunehmende Militarisierung der Polizei, die massive Vorverurteilung von Minderheiten und den Aufbau riesiger polizeilicher Datenbanken lehnen wir ab. Wir sagen NEIN zu massenhafter Überwachung und NEIN zum neuen Polizeirecht.